

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 08 17. April 1996

→ **Das Europa der Rassisten** Seite 2

Rechtsextremisten sehen Europa als das rassistisch überlegene Zentrum der Erde an. Die Herrschaft über Europa bedeutet danach de facto auch die Weltherrschaft.

→ **Den politischen Gegner im Visier** Seite 5

Die „Jungen Nationaldemokraten“ verfügen neben einem Katalog von Propaganda-materialien noch über ein „Anti-Antifa“-Archiv.

→ **Rechtsextremismus in europäischen Staaten** Seite 9

Zur Bekämpfung der extremen Rechten besitzen westeuropäische Länder unterschiedliche staatliche Instrumentarien. Eine Studie aus den Niederlanden zieht einen internationalen Vergleich.

→ **Jüdische Emigrantinnen in den USA** Seite 12

Sybille Quack zeichnet in ihrem Buch „Zuflucht Amerika“ die Lebensgeschichten von deutsch-jüdischen Frauen, die vor den Nazis in die USA fliehen konnten, nach.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Mit Geopolitik zur Weltherrschaft:

Das Europa der Rassisten

Rechtsextremisten betrachten Europa als das rassistisch überlegene Zentrum der Erde. Eine deutsche Führungsrolle wird allerdings vorausgesetzt. Von daher richtet sich der begehrliche Blick nach Einfluß in Osteuropa.

Wortkarg informierte die rechtsextremistische „Nordiska Rikspartiet“ (NRP; „Nordische Reichspartei“) aus Schweden in der Januar-Ausgabe ihres Organs, „Bulletin“, über ein anstehendes „Europa-Treffen“. Lediglich Ort und Zeit wurden den Kameraden mitgeteilt. Auskunftsfreudiger gibt sich da die Zeitschrift „Der Freiwillige“. Die im 42. Jahrgang allmonatlich von Alten Kameraden der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG) erstellte Postille weiß zu berichten, daß bereits im vergangenen Jahr zeitgleich mit dem Treffen des III. Panzer Korps eine Vorläufer-Veranstaltung mit „jungen Menschen aus verschiedenen Nationen“ stattgefunden habe. Ein Eduard Janke schreibt im „Freiwilligen“, daß sich diese „jungen Menschen“ zusammengefunden hätten, um der Frage nachzugehen, was „ihre Großväter für Erkenntnisse, Ideale“ hatten, „die es wert waren, das Wertvollste, das sie besaßen, ihre Gesundheit und ihr junges Leben, freiwillig für ein großes Ziel einzusetzen“.

Kern dieses „großen Ziels“ war ein großeuropäischer Gedanke, den Teile der nationalsozialistischen Führungselite mit einer germanischen Reichsidee gleichsetzten. So erklärte Reichspropagandaminister Goebbels am 26. Oktober 1940 vor Führern der NSDAP in Wien: „Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein.“ Heinrich Himmler, SS-Reichsführer, wurde deutlicher: „Nach dem großdeutschen Reich kommt das germanische Reich, dann das germanisch-gotische Reich bis zum Ural, und vielleicht dann auch noch das gotisch-fränkisch-karolingische Reich.“

Wegen ihres übernationalen Charakters eignete sich die SS beispielhaft für die Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie. In der Endphase des Dritten Reiches wurde schließlich der Begriff „Deutschland“ durch „Europa“ ersetzt.

Dies fand auch Eingang in die Europakonzeption der sogenannten Neuen Rechten. Der Titel der 1951 erstmals erschienenen Zeitschrift „Nation Europa“ ist Ausdruck der Ersetzung von „Deutschland“ durch „Europa“. Der Titel ist programmatisch gemeint.

Der italienische Philosoph Julius Evola, der den Ordensgedanken der SS bewunderte, skizziert 1952 in „Nation Europa“ (NE) ein Europa, das von einem Mythos ausgeht und von einer tatkräftigen Elite vorangetrieben werden soll. Diese Elite stellt sich Evola „politisch-männlich“ und „politisch-organisch“ vor. Demokratisch-parlamentarische Systeme sind zur Bildung eines solchen Europa nicht in der Lage, es „fehlt ihnen die fortwirkende Beständigkeit des politischen Willens“. Evolas Europa ist eine „übernationale Einheit heroischer Art“.

„Lebensraum“ für das Volk

Geprägt wurde der Begriff „Nation Europa“ durch den einstigen Führer der britischen Schwarzhemden, Oswald Mosley, der schon 1947 von einer „Nation Europa“ sprach. Derartige Formulierungen täuschen darüber hinweg, daß es Europa als Nation nicht gibt. Die NE-Herausgeber lösten dieses Problem auf pragmatischere Art; sie setzten dem Titel ein „und“ hinzu. „Nation+Europa“ ist bis heute das führende Organ des Rechtsextremismus und hat trotz seines ewiggestrigen Habitus wesentlichen Anteil an der Entwicklung des Neo-Nationalsozialismus.

Europa wird im nachhitlerischen Rechtsextremismus weiterhin als rassistisch überlegen, aber - von kleineren neonazistischen Splittern abgesehen - nicht mehr als arisches Nordeuropa mit einem Saum von Vasallenvölkern verstanden. Eine deutsche Führungsrolle wird allerdings weiterhin vorausgesetzt. Und diese ermuntert zu visionären Spielereien - so z.B. beim „Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB). Im Organ „Vorderste Front“ hält der NHB fest: „Geopolitisch gesehen ist Europa das Zentrum der landbedeckten Hälfte der Erdkugel. ... Somit wird sofort klar, daß derjenige, der Europa beherrscht, potentiell auch die Welt beherrscht.“

„Geopolitik“, die Lehre „von der geographischen Bedingtheit der Politik“, „von der Erdgebundenheit der politischen Vorgänge“, findet heute nicht nur Zuspruch bei Rechtsextremisten. Sie hält wie-

der Einzug in das politische Geschäft. Diese Pseudo-Wissenschaft ist das neue, obwohl alte Zauberwort, das seit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Länder Osteuropas wieder lautstark zurückgekehrt ist.

Geprägt vom schwedischen Geographen Rudolf Kjellen als Hilfe für deutsche Machtansprüche im I. Weltkrieg, erhob die Geopolitik in den 20er Jahren den Anspruch einer politischen Leitwissenschaft. Ihr damals führender Vertreter, Karl Haushofer, Professor für Geopolitik an der Universität München, lieferte mit seinen geopolitischen Ergüssen den pseudowissenschaftlichen Unterbau für die aggressive nationalsozialistische Expansions- und Eroberungspolitik. Haushofers Theorie sprach den kleinen Völkern das Lebensrecht ab und gab das Stichwort vom „Lebensraum“. Die Deutschen, das „Volk ohne Raum“, mußten, so die propagandistische Variante dieser Theorie, einen Eroberungskrieg führen, um angemessen versorgt zu sein. NS-Ideologen wie Rudolf Heß, Alfred Rosenberg und Richard Walter Darre, aber auch der junge Hitler übernahmen von ihm den Begriff „Lebensraum“.

Damit kam zur biologischen Rassendoktrin eine expansionistische Raumauffassung hinzu, verbunden mit der Überzeugung, Deutschlands Schicksal werde sich im Osten entscheiden.

Blick nach Osteuropa

Als „der Großmeister geopolitischen Denkens nach dem Krieg“ wird von „Nation+Europa“ der Militärschriftsteller Heinrich Jordins von Lohausen (geb. 1907 im österreichischen Villach), gefeiert. Der rechtsextreme Multiaktivist Hans-Ulrich Kopp rechnet Lohausen das „unumstrittene Verdienst“ zu, „die entscheidenden Inhalte der Geopolitik aufgearbeitet und fortgeführt zu haben.“

Geopolitische Konzepte werden seit Jahren in einschlägigen Publikationen wie NE, „Criticon“ und „Junge Freiheit“ sowie ideologiebildenden Zirkeln wie der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und der „Paul-Kleinwefers-Stiftung“, deren Einfluß tief ins rechtskonservative Spektrum ausstrahlt, vorgestellt und diskutiert.

Mit Geopolitik beschäftigte sich auch der vorletzte Kongreß der „Gesellschaft für freie Publizistik“. Dort gab Felix Buck (1938-39 in der IG-Farben-Hauptverwaltung tätig, 1939-1945 Kriegsdienst, zuletzt als Major und stellvertretender Regiments-

führer, nach 1945 Kopf der SS-orientierten Untergrundorganisation „Aktion Deutschland“, später stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, Autor in „Nation+Europa“) einen Überblick über die Wissenschaft der Geopolitik. Danach war diese im Rahmen der Umerziehung unberechtigterweise für Jahrzehnte im Deutschland der Nachkriegszeit verfemt, ihre Bedeutung wäre aber im Ausland zunehmend stärker erkannt worden. Nach dem „Umsturz im Osten“, so Buck, sei für Deutschland in Osteuropa ein großes Aufgabenfeld erwachsen.

Anton Maegerle

Schlagkräftiger Widerstand

Der Neonazi-Kader Michael Schwierczek (geb. 03.10.1961), der seine braune Polit-Karriere als Mitglied der NPD begann und zuletzt Kopf der zwischenzeitlich verbotenen „Nationalen Offensive“ (NO) war, betreibt in der neuesten Ausgabe der neonazistischen Postille „Widerstand“ (Untertitel: „Die Zeitung der volkstreuen Deutschen; Erscheinungsort: Lüdenscheid“) eine Bestandsaufnahme der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik. Ein besonderes Augenmerk schenkt er den Gruppen, „die sich um patriotische Periodika herum gebildet haben“ und „vor allem“ den „diversen nationalautonomen Gruppen, die allerorten wie Pilze aus dem Boden schießen.“ Der führende Neonazi rät seinen Gesinnungskameraden u.a. „öffentlichkeitswirksamen Protest“ gegen die Stationierung der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien - unter dem Motto „Sterben für Sarajewo? Aber wirklich nicht!“ - zu betreiben.

Veröffentlicht ist in der aktuellen „Widerstand-Ausgabe (1/96) auch ein „Konzept zur Betreuung politischer Gefangener“. Die bisherige „Gefangenbetreuung“, gewährleistet u.a. durch die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), wird als „mangelhaft und ineffektiv“ abgetan. „Phrasenbriefe und politische Frustschreiben“ seien sinnlos, so der „Widerstand“, der als „Zeitung der volkstreuen Deutschen die Kontakte der volkstreuen Organisationen, Einzelpersonen und autonomen Gruppen“ untereinander verbessern will, um so die „>Schlagkraft< des volkstreuen Widerstandes zu vergrößern.“

Aus dem aktuellen Verfassungsschutz

Bewegung in Brandenburg

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten ist ausweislich des von Innenminister Alwin Ziel vorgelegten Verfassungsschutzberichts für 1995 im Land Brandenburg entsprechend dem bundesweiten Trend auf 444 zurückgegangen (1994: 694), von denen 86 fremdenfeindlich und 24 antisemitisch motiviert waren. Der Schwerpunkt der Straftaten lag bei der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen mit 239 (Vorjahr: 436) Vorfällen. Einen Anstieg hat es bei dem Delikt komplex „Volksverhetzung“ von 27 auf 38 Vorkommnisse gegeben. Im übrigen ist die Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg vergleichbar der im gesamten Bundesgebiet, d.h. die rechtsextremistische Jugendszene ist ungeachtet der deutlichen Fluktuation weiter konstant, die Neonazis versuchen ihren Einfluß auf die Skinhead- und Hooliganszene zu verbreitern. Das Verbot der bis dahin größten neonazistischen Organisation Brandenburgs, der „Direkten Aktion/Mitteldeutschland“ (70 Mitglieder in Brandenburg, bundesweit 100) am 5. Mai 1995 hat nach Ansicht des Verfassungsschutzes zu einer deutlichen Lähmung der neonazistischen Szene in Brandenburg geführt. Einen Aufwärtstrend konstatierte der brandenburgische Verfassungsschutz allerdings bei der Organisation „Die Nationalen e.V.“, die mit 110 Mitgliedern (1994: 40; bundesweit derzeit ca. 150) ihren Schwerpunkt in Brandenburg haben und mittlerweile dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen seien. Ende 1994 wurde das „Junge Nationale Spektrum“ (JNS) als Jugendorganisation mit Sitz in Weißwasser (Sachsen) in die „Nationalen“ integriert. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes würden die „Nationalen“ ihre neonazistische Ausrichtung kaschieren, was für die von ihnen besonders umworbenen Jugendlichen schwer zu erkennen sei.

Einen leichten Zuwachs verzeichnete in Brandenburg auch die rechtsextremistische „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ mit 50 Mitgliedern im Landesverband Berlin-Brandenburg (1994: 35; bundesweit ca. 900), wobei Doppelmitgliedschaften mit den „Nationalen“ bestehen.

Im Abwärtstrend befinden sich die „Republikaner“, deren Mitgliederbestand auf 500 (1994: 600) gesunken ist. Auf wenig Resonanz stoßen die

rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU mit 20 und 40 Mitgliedern, die aber den Stand vom Vorjahr gehalten haben.

Trotz Rückgangs keine Entwarnung

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber warnte bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichtes 1995 vor einer Verharmlosung der Gefahren des Rechtsextremismus. Neonazis würden sich zunehmend konspirativer verhalten, es bestehe die Gefahr eines Abgleitens in den Terrorismus. Anleitungen zum Bombenbau und zur Sprengstoffherstellung würden mittels modernster Medien verbreitet. Sorge bereite ebenso die Ausbildung von Neonazis als Söldner im ehemaligen Jugoslawien.

In Rheinland-Pfalz ist die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit 338 Vorfällen (1994: 366) leicht gesunken. Rückläufig waren dabei Straftaten mit fremdenfeindlichem (113; 1994: 136) und antisemitischem Hintergrund (53; 1994: 60). Geringfügig angestiegen sind die sonstigen rechtsextremistischen Straftaten mit 172 (1994: 170) Vorfällen sowie die Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund (ohne Sachbeschädigungen) mit 25 Vorkommnissen (1994: 23). 1995 wurden fünf jüdische Friedhöfe in Rheinland-Pfalz geschändet (1994: 10).

Nach Angaben des Verfassungsschutzes ist das Potential der in Rheinland-Pfalz sich tummelnden Rechtsextremisten auf 1.950 (1994: 2.400) zurückgegangen; die Zahl der militanten Rechtsextremisten wird mit 100 beziffert.

Von den in Rheinland-Pfalz geschätzten 250 Skinheads müssen nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes etwa 50 als neonazistisch ausgerichtet eingestuft werden. Als Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinheadszenen entwickelte sich seit 1994 die Südpfalz mit Verbindungen zu losen Gruppierungen in Baden-Württemberg, dem Saarland und den neuen Bundesländern. Den Neonazis werden in Rheinland-Pfalz rund 50 überwiegend organisierte Personen zugerechnet, die als gewalttätig eingestuft werden. Im neonazistischen Spektrum sind insbesondere die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) und die „Deutschen Nationalisten“ aktiv. Die Organisationen des neonazistischen Vielgründers Ernst Tag „Aktion Sauberes Deutschland“

(ASD) und „Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.“ (IHV) sind nach dem Ausscheiden Tags „aus dem nationalpolitischen Widerstand in der BRD“ im Mai 1995 praktisch zum Erliegen gekommen.

Die Mitglieder-Entwicklung der rechtsextremistischen Parteien in Rheinland-Pfalz liegt in etwa im Bundestrend. Zahlenmäßig stärkste Partei ist noch die DVU mit 850 Mitgliedern (1994: 1.100); im Abwärtstrend befindet sich auch die NPD mit 170 (1994: ca. 200) Mitgliedschaften; die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ dümpelt mit 15 Mitgliedern vor sich hin. Konstant gehalten hat sich lediglich der etwa 600 Personen umfassende Landesverband der rheinland-pfälzischen „Republikaner“, die bei den jüngsten Landtagswahlen 3,5 Prozent für sich verbuchen konnten.

Den politischen Gegner im Visier

Die 1969 gegründeten „Jungen Nationaldemokraten“ (JN; Sitz der Bundesgeschäftsstelle: Stolberg), die Jugendorganisation der NPD, führt vom 26. April bis zum 05. Mai eine bundesweite Aktionswoche unter dem Motto: „Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national“ durch. Höhepunkt soll eine Großkundgebung am Maifeiertag in Nürnberg sein. Dort ist nach Angaben des „Nationalen Info-Telefons“ (NIT) Schleswig-Holstein ein Marsch zur Bundesanstalt für Arbeit geplant, vor der gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau protestiert werden soll.

Als Bundesgeschäftsführer der JN, die seit Ende vergangenen Jahres auch über einen Stützpunkt in Köln verfügen (so eine Nachricht im neonazistischen Mailbox-Verbund „Thule“), amtiert Sascha Wagner. Nach Recherchen der „Aachener Nachrichten“ ist Wagner in letzter Zeit immer wieder bei „linken“ Demonstrationen oder Kundgebungen aufgetaucht, um politische Gegner zu fotografieren. Erst jüngst wurde in der Öffentlichkeit ein gescheiterter Anwerbeversuch des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes bei dem Ex-Skin Wagner, der sich auch als Ausrichter eines Konzertes mit Frank

Rennicke einen Namen in der einschlägigen Szene gemacht hat, bekannt. Wagner, einst auch beim neonazistischen „Förderkreis Freies Deutschland“ aktiv, soll für seine erwartete Mitarbeit vom Verfassungsschutz 1.000 erhalten haben, die er den JN spendete. 1994 informierte Wagner in einem Schreiben die Kameraden der JN über den Aufbau eines Anti-Antifa-Archivs durch ihre Bundesgeschäftsstelle in Stolberg: „Auch wir haben nun beschlossen mit unseren Gegnern den demokratischen Dialog zu beginnen. Als Maßnahme des reinen Selbstschutzes bitten wir um die Zusendung von bekannten Treffpunkten, Fotos, Adressen usw.“.

Gemäß dieser Anleitung betreibt der Neonazi Markus Kalenborn, Maschinenbaustudent an der RWTH Aachen, Anti-Antifa-Aktivitäten im Großraum Aachen. Der 22jährige Neonazi mußte sich Anfang 1995 zusammen mit elf weiteren Gesinnungskameraden von der „Aktion Volkswille“ vor der Staatsschutzkammer des Dortmunder Landgerichtes verantworten. Nachweisen konnte das Gericht der aus Studenten, Auszubildenden, Arbeitslosen und Wehrpflichtigen bestehenden Bande rund 30 einzelne Straftaten. In Kalenborns Wohnung waren die Behörden im Zuge der Ermittlungen auf Kilomengen von Chemikalien, Zündern, Elektrobauteilen und vierzig selbstgebasteten Splitterbomben gestoßen. Der braune Sprengstoffexperte Kalenborn wurde daraufhin zu einer 21monatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die JN (Altersbereich: 14 bis 35 Jahre) definieren sich selbst als eine „weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisationeller Disziplin“.

Der neueste Materialkatalog der „Jungen Nationaldemokraten“ - mit dem Namen „Frontdienst“ - bietet auf 12 Seiten ein beispielhaft umfangreiches Materialangebot an Aufklebern (z.B. „Deutsche wehrt Euch!“, BRD heißt das System - morgen wird es untergehn!“), Zeitschriften („Zündstoff“, „Niedersachsen-Spiegel“, „Deutsche Zukunft“, „Hessen-Report“), Büchern (z.B. „Mäxchen Treuherz“), Plakaten („Kämpft mit uns gegen Scheinasylanten und Überfremdung!“), Cassetten („Protestlieder“ der JN aus den 70er Jahren), Propagandaschnipseln („Deutschland den Deutschen!“, „Nationalismus - was sonst?“), Flugblättern („Kampf dem europäischen Völkermord“, „Die Vielfalt der Völker erhalten - Ausländerstopp“). Offeriert werden auch die Postillen „Umbruch“, „Europa Vorn“ und die „Berlin-Brandenburger-Zeitung“.

Anton Maergerle

KOMMENTAR

Die Zeichen stehen auf Sturm

Daß Landtagswahlen mehr als regionale Veranstaltungen ohne bundespolitische Aussagekraft seien, wird vor diesen ebenso überzeugend bestritten, wie es nach ihnen widerlegt wird. Je nachdem, ob der Sprecher sich auf seiten der Gewinner oder Verlierer befindet. Mit Mißbehagen wurden vor dem 24. März aus bundespolitischer Warte die Erfolgsaussichten des Koalitionspartners FDP beäugt; siegesicher - vor welchem Hintergrund eigentlich? - gaben sich SPD und GRÜNE, letztere hatten Mühe, die nach Vorgängen in NRW diskutierten Zweifel an ihrer Politikfähigkeit überhaupt auf sich zu beziehen.

Am Ende kam alles ganz anders. Die großen Verlierer waren zunächst einmal die Wahlforscher, die vor allem die Attraktivität von FDP und REP deutlich falsch eingeschätzt hatten. Daneben gelegen hat die SPD, die sich aus der Stagnation des Vorjahres noch nicht erholt hat und sich in dem bei der Kommunalwahl in Bayern am 10. März deutlich gewordenen Trend bewegte. Daß so renommierte Landespolitiker wie die Ministerpräsidenten Beck und Simonis die mangelnde Attraktivität ihrer Partei nicht kompensieren konnten, ist menschlich tragisch, aber eben politisches Geschäft.

Der Trend zugunsten der Regierungsparteien CDU und FDP mag Außenstehende verblüfft haben: Explodierende Arbeitslosigkeit, steigende Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge, ungelöste Probleme bei Gesundheit und Renten oder auf dem Weg nach Europa haben nicht verhindert, daß sich die Wähler um sie scharen. Paradox ist der Trend aber nicht:

Waren es die Besitzenden, die ihren Besitzstand bei ihnen bestens aufgehoben finden und zu einem Wechsel keinen Anlaß sehen, solange die SPD ihr Alternativkonzept für eine solidarische Gesellschaft nicht verdeutlichen kann? Es scheint, als stehen die Habenichtse abseits - die hohe Wahlenthaltung, die Wahl der Extremisten machen dies deutlich. Die überdurchschnittlichen Ergebnisse in den Großstädten (vgl. BNR 7/96), die Wählerwanderung der potentiellen Verlierer bei künftigen Verwerfungen in der Wirtschaft, der Arbeitnehmerschaft, von der SPD zu den REP erinnern fatal an eine Situation an der Wende von den 20er zu den 30er Jahren. Deswegen sollte man sich nicht vorschnell damit trösten, daß die DVU ja in Kiel an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert sei, daß die „Republikaner“ im Stuttgarter Landtag nur noch mit reduzierter Mannschaft antreten, daß sie in Mainz nicht vertreten sind. Die trotz einer derzeit desolaten Darstellung der extremen Rechten signifikanten lokalen Zuwächse machen deutlich, daß der Trend zu den Extremisten ungebrochen ist. Dieser zeigt sich an den verzweifelten Anstrengungen aus den Einzelorganisationen, den Alt-Rechten Schönhuber eingeschlossen, die nationale Rechte zu vereinigen, weil man Rückenwind spürt. Daß die positiven Signale für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt für 1996 ausbleiben, macht die Dramatik der Situation deutlich. Wenn dann die Regierung in nahem Abstand zu den stattgefunden Landtagswahlen mit den unumgänglich notwendigen Grausamkeiten aufwartet, dann stehen die Zeichen nach wie vor auf Sturm. Und es sollte uns auch zu denken geben, daß ausgerechnet die FDP-Rechte das Ergebnis der Landtagswahlen zugunsten der Liberalen als eine Bestätigung für einen Rechtskurs wertet.

Klaus-Henning Rosen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Gescheiterter Aufbruch

Ultrarechte Gruppierungen und Grüppchen gründen sich und verschwinden häufig auch schnell wieder. Aus dem offiziellen Wiesbadener Anschriftenverzeichnis der Parteien und politischen Vereinigungen beim Bundeswahlleiter wurde im vergangenen Jahr der „Aufbruch ‘94“ gestrichen. Der „Aufbruch ‘94. Deutscher Freier Wählerbund“ war als eingetragener Verein im Mai 1993 initiiert worden mit dem erklärten Ziel, bei der Europawahl 1994 zu kandidieren. Erster Vorsitzender wurde der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Professor Emil Schlee, von 1989 bis 1994 Mitglied des Europaparlaments; stellvertretender Vorsitzender Konteradmiral a.D. Günter Poser. Den Landesverband Schleswig-Holstein führte 1994 Prof. Alexander von Waldow, Eckernförde, der zuvor beim Ende 1992 initiierten „Christlich-Konservativen Deutschland-Forum“ (CKDF) als Landesvorsitzender Schleswig-Holstein aktiv war.

Zur Spitzenkandidatin für die Europawahl wurde die frühere REP-Funktionärin und Europaparlamentarierin Johanna Grund gewählt. Unter den ersten zehn Kandidaten des „Aufbruch ‘94“ waren auch Bertram Oertel und Joachim Weier von der Partei „Die Bürger“, einer Abspaltung der Kölner „Republikaner“ vertreten. In Folge der Kandidatenkür gab es zahlreiche Austritte. Grund war, so die „Junge Freiheit“, eine „Unterwanderung des Wählerbundes durch frühere Mitglieder der Republikaner“. In Nordrhein-Westfalen vertrat beispielsweise Dr. Helmut Fleck, ehemaliges REP-Landesvorstandsmitglied, den „Aufbruch ‘94“. Die Kandidatur zum Europäischen Parlament scheiterte allerdings bereits im Vorfeld, da es nicht gelang, die erforderlichen 4.000 Unterstützungsunterschriften beizubringen.

Versprengte Rechts-Abweichler

Im November 1994 traf sich der „Aufbruch“ mit weiteren erfolglosen Gruppen und Grüppchen in Bad Kissingen zum „Kissinger Kreis“ (vgl. BNR 25/94). Dieses Treffen blieb jedoch weitgehend folgenlos. Im Sommer des vergangenen Jahres fusionierten schließlich die Reste des „Aufbruch ‘94“ mit der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) in Leipzig, einer rechtskonservativen Minipartei

aus der Wendezeit in der damaligen DDR. In den bescheidenen DSU-Organisationsstrukturen der westlichen Bundesländer tummeln sich ehemalige Funktionäre der „Republikaner“ wie Peter Recknagel in Bayern und Ernst Marliany in Rheinland-Pfalz. Die DSU und die „Demokratische Erneuerung“ des ehemaligen REP-Landesvorsitzenden Dr. Ekkehard Birkholz wollen 1998 gemeinsam an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt teilnehmen. Das Wahlbündnis ist als „Allianz Demokratischer Bürger“ beim zuständigen Landeswahlleiter bereits angemeldet. Daneben partizipiert die DSU auch am „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD). Dem Sprechergremium des BKKD gehört der DSU-Generalsekretär und Landesvorsitzende Thüringen Rudolf Andreas an. Weiterhin im Sprechergremium des BKKD vertreten ist auch Lothar Lauck, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Hessen. 1980 trat Lauck für die NPD zur Bundestagswahl an. Zehn Jahre später nominierten ihn die „Republikaner“ auf ihrer Landesliste Hessen für die Bundestagswahl.

Die Initiatoren des gescheiterten „Aufbruch ‘94“, Schlee und Grund, bleiben weiterhin publizistisch aktiv. Vor allem in „Nation + Europa“, aber auch in der „Aula“, in „Der Heimkehrer“, im „Ostpreußenblatt“ und „Schlesier“ sowie der „Jungen Freiheit“ finden sich Beiträge der rechten Vielschreiber. Auch bei den sogenannten „Runden Tischen“, dem Neuversuch einer Vereinigung der Ultrarechten, sind Mitglieder des ehemaligen „Aufbruch“ mit von der Partie, beispielsweise bei der „Pulheimer Erklärung“ und beim „Pfälzer Aufruf“. Sönke Braasch

HINWEIS:

Köln - Im Kolpinghaus-International in Köln findet am 22. April eine Fachtagung zu Rechtsextremismus statt. Unter den Referenten befinden sich namhafte Rechtsextremismus-Experten, wie der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer, die Journalistin Franziska Hundseder, der Journalist Burkhard Schröder und andere. Veranstalter der durch das NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales geförderten Tagung ist IDA-NRW. Ort: Kolpinghaus International, St.-Apern-Str.32, 50667 Köln, Tel. 0221 / 2093-0.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Berücksichtigt wurden „Nation + Europa“, „Deutsche National-Zeitung“ und „Junge Freiheit“, die bis Redaktionsschluß vorlagen:

„Nation+Europa“ (NE) -46.Jg.-4/1996;
Mit dem Begriff „Humor“, speziell dem deutschen, beschäftigen sich Beiträge von Karl Richter und Harald Neubauer. Letzterer entpuppt sich gar als Fan des Entertainers Harald Schmidt, weil der es wagt, Witze über Polen und Farbige zu reißen. Star-Autor Franz Schönhuber entdeckt sein Herz für die gewandelten italienischen Neofaschisten. Er sieht, nach den Worten Giorgio Almirantes, „die Stunde der entschlossenen Exekutive gekommen“. Mit einem auf die Schlierer-Partei gemünzten Hieb bezüglich Anbiederung an die etablierten Parteien appelliert er, weiterhin „die patriotischen Bataillone“ zu sammeln. In einem weiteren Beitrag setzt Harald Neubauer (Klaus Hansen) den Prozeß gegen die früheren Mitglieder des SED-Politbüros in Relation zu den Nürnberger Prozessen. Die Kommunisten hätten damals schließlich selbst Rachejustiz betrieben. Der Osteuropaexperte Wolfgang Strauss schaltet sich unter dem Titel „Stalin provozierte den Zweiten Weltkrieg“ in die Debatte um die sogenannte „Präventivschlags-These“ ein, was durch angeblich neue russische Dokumente belegt werden soll.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 46.Jg.;
Dem Thema Zuwanderung widmet sich die Frey-Gazette unter dem Titel „Zeitbombe Ausländerzustrom“, untermalt mit einem Photo von randalierenden Kurden, und einem Beitrag über Machenschaften krimineller ausländischer Banden (DNZ 13/96). Jüdische Zuwanderer werden selbstredend mit Ablehnung betrachtet; hingewiesen wird darauf, daß zunehmend leerstehende Kirchen in Synagogen umgewandelt wurden (13/96). Schuld an dem Wahldebakel der DVU in Schleswig-Holstein tragen die Medien und der Verrat der „Brutuskräfte“ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DNZ 14/96). Mit überraschender Parteinahme für die äthiopischen Juden berichtet die DNZ über wachsenden „Rassismus in Israel?“ (14/96). Als Aufmacher für die folgende Ausgabe muß der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine und dessen vaterlandslose Gesinnung herhalten (DNZ 15/96). Natürlich veröffentlicht die DNZ Entladungsdokumente im Fall des in Italien als Kriegs-

verbrecher angeklagten Erich Priebke (15/96). Kritik an dem in Wien entstehenden Holocaust-Denkmal wird mit einer erneuten Breitseite gegen den „Nazi-Jäger“ Simon Wiesenthal verbunden (DNZ 16/96). Als „Zerrbild“, das die Leiden Deutscher ausklammert, bezeichnet die DNZ die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ (16/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jgh.;
Der „Antifaschismus“-Experte Hans-Helmuth Knütter, Professor an der Universität Bonn, gibt als Interviewpartner ausgerechnet der JF ein Forum für seinen linken Abwehrkampf (JF 12/96). Für Rolf-Dieter Gmeiner, stellvertretender Vorsitzender des „Bundes freier Bürger“, ist die geltende Gesetzeslage schuld an den Kurden-Krawallen. Jürgen Hattenbichler und Max Andergaszt sorgen sich um die Zukunft Jörg Haiders und seiner „Freiheitlichen“ (JF 12/96). Der Wahlerfolg der Schlierer-Partei in Baden-Württemberg läßt die JF auf eine Annäherung zu nationalliberalen Kräften und dem BfB hoffen (JF 13/96). Der Geschichtsrevisionist Alfred Schickel bewertet den neuaufgelebten Historikerstreit zur sogenannten „Präventivschlags-These“ (13/96). In der Literaturbeilage finden sich eine Rezension aus dem rechtsextremistischen Hohenrain-Verlag (Carl-Friedrich Berg: Wolfsgesellschaft. Die demokratische Gemeinschaft und ihre Feinde) sowie Anzeigen von rechten Verlagen wie Bublies, Koblenz, Brienna-Verlag, Neubiberg und Stocker-Verlag, Graz, neben anderen (JF 13/96). „Ostpreußenblatt“-Autor Helmut Kamphausen wertet über den Beitrag des Fernsehmagazins „Report“ am 25. März über das rechtslastige „Ostpreußenblatt“ (JF 14/96). Bernhard Knapstein, aus der gleichen Riege als Vorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, bewertet die derzeit im Bonner „Haus der Geschichte“ gezeigte Ausstellung über „Deutsche und Polen“ mit dem Fazit „deutsche Schuld und Sühne mit deutschem Geld“. Für den FPÖ-Nationalratsabgeordnete Ewald Stadler wird die österreichische Briefbombenserie vom linksextremistischen Bereich in Verbindung mit der SPÖ gesteuert. Eine Schlüsselrolle spielen der Journalist Wolfgang Purtscheller (JF 14/96). Der Cheftheoretiker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, warnt in einem Leitartikel vor den Risiken der „Globalisierung der Märkte“ (JF 15/96). Zur Zukunft der „Runden Tische“ vermerkt die JF, daß diese sich totlaufen werden. Man hofft auf eine Stärkung der „Republikaner“ und der „nationalliberalen Projekte“ (15/96).

Bekämpfung des Rechts-
extremismus:

Eine Studie im internationalen Vergleich

Die beginnenden neunziger Jahre bescherten verschiedenen Ländern einen wahren rechtsextremistischen Aufmarsch. Eines der wenigen Länder, das von dieser Entwicklung ausgenommen blieb, waren die Niederlande. Jedoch bereiteten die Welle rassistischer Gewalttaten in Deutschland und die Wahlerfolge des Vlaams Blok in Belgien den niederländischen Politikern ein unbehagliches Gefühl. Die Niederlande wollten sich gegen ein befürchtetes Herüberschwappen der rechtsextremistischen Welle in das eigene Land besser wappnen. Der am Leidener Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (LISWO) lehrende Rechtsextremismusexperte Jaap van Donselaar wurde deshalb vom niederländischen Ministerium des Innern beauftragt, eine vergleichende Studie über die Bekämpfung der extremen Rechten in den angrenzenden Staaten zu schreiben.

Das erste einführende Kapitel beginnt mit einer kurzen Beschreibung von Definitionsproblemen der Begriffe Rechtsextremismus, Rassismus und Faschismus. Daran anschließend präsentiert van Donselaar seine „Theorie“ des sogenannten „Anpassungsdilemmas“ extrem rechter Parteien: einerseits müßten sie sich mäßigen aufgrund juristischen Drucks, andererseits müßten sie ein eigenes und klares politisches Profils behalten. Dies führe, so der Autor, zu einem gemäßigten Auftreten „front-stage“, als auch zu einem mehr radikalen Auftreten „back-stage“ (S.13). Der Autor richtet sein Augenmerk auf die Barrieren des politischen Systems für extrem rechte und rassistische Parteien, sowie auch auf die repressiven Instrumentarien und deren Anwendung. In den nächsten fünf Kapiteln werden diese dann für die folgenden Länder aufgezeichnet: die Niederlande, Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien. Die einzelnen Länderkapitel wiederum sind unterteilt in konkrete Ausdrucksformen von Rechtsextremismus und Rassismus: Propaganda, Demonstrationen, Teilnahme an Wahlen, Partizipation an demokratisch gewählten Organen und (Beteiligung an) Gewalttaten (S.17).

Das letzte Kapitel umfaßt einen Vergleich der Länder. Die verschiedenen Staaten werden zunächst verglichen nach konkretem Auftreten: rassistische Propaganda, Demonstrationen, Beteiligung an Gewalttaten, Parteiverbote, Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst und Barrieren im politischen System. Dabei erwähnt der Autor nicht nur die Unterschiede, sondern auch die Übereinstimmungen. Danach folgt ein Vergleich der Wehrhaftigkeit der verschiedenen Länder (S.286). So stellt van Donselaar über Frankreich fest, daß es über ein umfassendes repressives Instrumentarium verfügt, es jedoch relativ selten anwendet und primär auf die Barrieren im politischen System vertraut. Letzteres fällt noch stärker ins Gewicht im Falle Großbritanniens, das durch die fehlende Möglichkeit eines Parteiverbots allerdings über weniger Repressionsmaßnahmen verfügt. Die Niederlande wiederum sind gekennzeichnet durch eine Unausgewogenheit zwischen den wirksamen staatlichen Möglichkeiten und deren wachsenden Anwendung einerseits und dem leicht zugänglichen politischen System andererseits.

Die beiden Extreme werden von Belgien und Deutschland eingenommen. Belgien verfügt über wenige Barrieren im politischen System, was noch dazu in Kombination mit einem beschränkten Vorhandensein und auch der Anwendung von repressiven Möglichkeiten steht. Auf der anderen Seite steht die streitbare Demokratie Deutschlands, gekennzeichnet von einer Fülle repressiver Maßnahmen, die auch immer mehr angewendet werden (wobei internationale Kritik hier eine wichtige Antriebskraft sein dürfte). Das deutsche politische System enthält zwar weniger Barrieren als die Mehrheitssysteme in Frankreich und Großbritannien, aber die Fünf-Prozent-Hürde macht es viel schwieriger für kleine (und damit auch extrem rechte) Parteien als die politischen Systeme der Niederlande und Belgiens.

Der Autor bietet eine Fülle von gut strukturierten und präsentierten Informationen über die repressiven Maßnahmen gegen die extreme Rechte und ihre Anwendung in den fünf genannten Ländern. Dabei ist das Buch eine der wenigen wirklich vergleichenden Studien auf dem Gebiet des Rechtsextremismus, insbesondere was dessen Bekämpfung anbelangt. Es wäre zu hoffen, daß die Pläne für eine deutsche und/oder englische Übersetzung bald realisiert werden können.

Cas Mudde

Jaap van Donselaar, De staat paraat? De bestrijding van extreem-rechts in West-Europa, Amsterdam 1995, 380 S., 47,50 NGL.

Kölner Kongreß zum jüdischen Leben 1945 bis 1995:

Der Anfang nach dem Ende

Nach wie vor ist das Thema „Juden in Deutschland“ ein besonderes. Zu schrecklich das, was geschehen ist, zu tragisch das Schicksal derer, die sich einer „deutsch-jüdischen Symbiose“ verpflichtet fühlten, zu überraschend der zögerliche, von vielerlei Brüchen gekennzeichnete „Neubeginn wider Willen“, wie das Günther G. Ginzler beschreibt, der u.a. die ersten Jahre der Nachkriegsgeschichte der Kölner Juden erforscht hat und für den das Thema Juden in Deutschland zum Thema seines Lebens wurde. Ginzler hat die Leitung des maßgeblich von ihm konzipierten Kongresses „Der Anfang nach dem Ende - Juden in Deutschland 1945 bis 1995“. Veranstalter sind: Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Stadtbibliothek Köln, Buber-Rosenzweig-Stiftung. Ort: Museum Ludwig, Köln. Beginn: 22. April, 17.00 Uhr bis 24. April, ca. 14.00 Uhr (vgl. BNR 7/96 S. 13).

Im Zentrum der imposanten Referentenriege stehen die „großen alten Herren“: Ignatz Bubis, Alphons Silbermann, Hans Mayer, Ralph Giordano und Albert Friedländer. Rückblick, Analyse und Ausblick sind ihre Themen. Es steht zu erwarten, daß ihre Wertungen des Neubeginns recht unterschiedlich ausfallen dürften. Mit Spannung darf auch das „Frauenforum“ erwartet werden, das Ellen Presser vom Kulturzentrum der jüdischen Gemeinde München leitet: „Mütter - Töchter“, so der lapidare Titel, zu dem sich Ruth Galinski, Berlin und Trude Simonson, Frankfurt, als Vertreterinnen der Müttergeneration sowie Gila Lustiger, Paris, Sara-Ruth Schuhmann, Oldenburg, Trude Lehrer, Köln, als Angehörige der mittleren und jüngeren Generation äußern werden. Nicht weniger erwartungsvoll darf man auf die Beiträge der Ostdeutschen hoffen. Es ist sicher keine Fehleinschätzung, wenn die Einladung an Peter Kirchner, den langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde (Ost-) Berlins, als Spitze gegen Michael Wolffsohn, Professor an der Universität der Bundeswehr, München, gewertet wird. Denn Wolffsohn hatte in seinem jüngsten Werk über die Juden der DDR gerade Peter Kirchner zu erledigen ver-

sucht. Der antifaschistischen Tradition verpflichtet war und ist Nora Goldenbogen aus Dresden. Ihr Referat über den Wandel von der DDR zur BRD ist zugleich ihre „Premiere“ im Westen. Der letzte Tag steht im Zeichen der jüngeren Generation. Eröffnet von Michel Friedmann wird über die „ausgepackten Koffer“ und die sich daraus ergebenden Konsequenzen nachgedacht. Den Abschluß, der zugleich Ausblick ist, hat Ralph Giordano übernommen.

Für all jene, die sich (leider) nicht 2 1/2 Tage freimachen können, wurde der Dienstagabend als spektakuläres Ereignis gestaltet. Er beginnt um 19.30 in der Kölner Philharmonie mit einem Empfang aus Anlaß des Israelischen Unabhängigkeitstages mit Grußworten des israelischen Botschafters Primor und des Kölner Oberbürgermeisters Burger. Um 20.30 dann der „Festakt“: Umrahmt von klassischer Musik wird die Schirmherrin des Kongresses, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, ein Grundsatzreferat über die Bedeutung des Judentums für die heutige deutsche Gesellschaft halten. Zweifelsohne ein Höhepunkt der gesamten Tagung dürfte dann der Vortrag des Philosophen Hans Mayer, Tübingen sein, an dessen Ausarbeitung, wie zu hören ist, er bereits seit dem vergangenen Jahr arbeitet. (Hierfür sind über die bekannten Vorverkaufsstellen sowie über die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Eintrittskarten zum Preis von 10,— DM zu beziehen).

Eugen Schön

Der Tagungsbeitrag beträgt inkl. Verpflegung 150,— DM, für Mitglieder christl.-jüd. Gesellschaften 100,— DM und für Studenten 80,— DM. Anmeldung Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Kammergasse 1, 50676 Köln, Tel. 0221/240 10 90, Fax 0221/23 83 40.

PERSONALIE

Ludwigsburg - Alfred Streim, der Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg, erhält das Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen. Übergeben wird die Auszeichnung an den Leitenden Oberstaatsanwalt Streim von Richard Walczak, dem Chefermittler zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk. Streim warnte immer wieder davor, die Verfolgung von NS-Verbrechen durch „Archivierung“ zu beenden.

BÜCHERSCHAU

Biologie der Rechten

Biologistische Erklärungsmuster sozialer Wirklichkeit, also die Ablehnung von gesellschaftlichen Gegebenheiten durch angebliche naturgesetzliche Vorgaben haben in rechtsextremistischen Diskursen immer wieder eine herausragende Rolle gespielt. In dieser Hinsicht verdienen dahingehende Entwicklungen in den Wissenschaften besondere Aufmerksamkeit, haben sich doch in der Vergangenheit bekannte Biologen, Mediziner und Psychologen im In- und Ausland nicht gescheut, direkt oder indirekt rechtsextremistische Auffassungen aufzuwerten. In dem von Gero Fischer und Maria Wölflingseder herausgegebenen Sammelband „Biologismus, Rassismus, Nationalismus“ soll „vornehmlich an Hand der Humanwissenschaften aufgezeigt werden, welche ideologische Rolle diese spielen - in welcher Form sie an der biologistischen Rechtfertigung und Festschreibung von sozialen, geschlechtlichen, 'nationalen' und 'rassischen' oder 'ethnischen' Differenzen beteiligt sind“ (S. 7).

Die 21 Beiträge von Wissenschaftlern unterschiedlichster Fachdisziplinen sind in drei Rubriken eingeteilt: Im ersten, „Natur versus Mensch“ betitelten Teil geht es um die Anwendung biologistischer Kategorien in den Humanwissenschaften, worunter sich kritische Beiträge zur Humangenetik und Soziobiologie finden. Der zweite Teil bringt unter dem Titel „Mensch - Barbar - Tier“ Aufsätze zur Aktualität biologistischer Strömungen, aus welchen dann Tier-Mensch-Projektionen oder Rassismus und „Überbevölkerungstheorien“ entstehen. Und der letzte und ausführlichste Teil zur „Nationalen Frage“ enthält Beiträge zur Analyse unterschiedlicher Aspekte von Prozessen der Nationswerdung in Vergangenheit und Gegenwart sowohl in theoretischer als auch fallbezogener (spezifisch österreichischer) Hinsicht.

Da die jeweiligen Texte sowohl methodisch als auch thematisch unterschiedlich sind, lie-

fern sie auch kein einheitliches Ergebnis. Wie ein roter Faden zieht sich aber durch den ganzen Band die einleitende Einschätzung der Herausgeber: „Der Rechtsruck findet nicht nur auf der politischen Ebene statt. Den Wissenschaften fällt die Rolle zu, die politische Praxis ideologisch zu untermauern. ... In politisch turbulenten Zeiten ist das Bedürfnis, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge und Widersprüchlichkeiten zu simplifizieren, sehr groß. ... Gefragt sind ... vereinfachende, 'beruhigende', dualistische, mitunter moralisierende Antworten. Rassismus und Nationalismus liefern diese. Sie hinterfragen bestehende gesellschaftliche Mißstände nicht, sondern schaffen und zementieren sie“ (S. 7).

Insgesamt liefert der Band wichtige Informationen zu Aspekten des Biologismus in den Humanwissenschaften, deren politische Konsequenzen häufig nicht genügend Beachtung finden. Inwieweit aber in diesem Bereich generell von Veränderungen im Sinne einer grundlegenden Wende gesprochen werden kann, wie die Herausgeber suggerieren, muß jedoch bezweifelt werden. So hat etwa die Studie „The Bell Curve: Intelligence and Class Structure in American Life“ (1994) von Richard Herrnstein und Charles Murray zwar großes öffentliches Aufsehen erregt, aber auch vernichtende Kritik aufgrund der zahlreichen inhaltlichen und methodischen Fehler erfahren. Etwas verstörend wirkt darüber hinaus bei manchen Aufsätzen die rein funktionalistische Auffassung von Ideologie, die ein etwas mechanisches, weil nur interessenbezogenes Bild der Wirkung von biologistischen Auffassungen zeichnet. Allerdings gilt dieser Einwand nicht für alle Beiträge. Insgesamt handelt es sich um einen interessanten Band zum Thema, worin immer dann am überzeugendsten argumentiert wird, wenn naturwissenschaftliche Erkenntnisse gegen biologistische Deutungen vorgetragen werden.

Armin Pfahl-Traugber

Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hrsg.), Biologismus, Rassismus, Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, Wien 1995 (Promedia), 262 S., 29,80 DM

BÜCHERSCHAU

Schicksale jüdischer Emigrantinnen

Über die Hälfte der etwa 130000 Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die zwischen 1933 und 1945 vor dem Nationalsozialismus in die Vereinigten Staaten von Amerika emigrieren konnten, waren Frauen. Gleichwohl, und dies ist der Ansatzpunkt der vorliegenden Arbeit, sind die meisten bisherigen Untersuchungen an männlichen Denkmustern und Lebensläufen orientiert und konzentrieren sich, auch bedingt durch die Quellenlage, auf bekannte Namen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen deshalb Leben und Erfahrungen „namenloser“ deutsch-jüdischer Emigrantinnen in den USA. Gefragt wird nach den Auswirkungen von Verfolgung, Flucht und Einwanderung, nach den Beziehungen von Geschlecht, kultureller Herkunft und sozialer Schichtenzugehörigkeit. 37 Emigrantinnen und Emigranten, zwischen 1894 und 1921 geboren, wurden befragt; alle sind, von Besuchen abgesehen, nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt. Außer den Interviews werden zahlreiche ebenfalls unveröffentlichte Quellen aus Archiven und Nachlässen ausgewertet.

Die Studie skizziert einleitend die Lage bürgerlicher jüdischer Frauen in Deutschland zwischen 1900 und 1933. Kennzeichen sind u.a. Abnahme religiöser Bindungen und Integration in die deutsche Gesellschaft, auf Schulen wie Hochschulen gerichteter Bildungsdrang, eingeschränkte Berufstätigkeit, neue kulturelle Freiheiten in der Weimarer Republik bei Fortbestand von politischen und wirtschaftlichen Barrieren sowie dabei entscheidende Prägung durch den herrschenden Antisemitismus (der indes verschieden nach Wohnorten, Wohnvierteln und Schulen erfahren wurde).

Aus der Vielfalt des von unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Richtungen geprägten jüdischen Lebens vor

1933 wurde durch die nationalsozialistische Machtübernahme eine Notgemeinschaft. Unter dem wachsenden psychischen und sozialen Druck litten jüdische Frauen besonders und auf vielfältige Weise: „Frauen wurden...immer unentbehrlicher - in ihren Rollen als Mütter, Töchter, Trösterinnen, Helferinnen, als Sozialarbeiterinnen in den Organen der jüdischen Wohlfahrtspflege, als Arbeitskräfte auf dem schrumpfenden jüdischen Arbeitsmarkt“ (S. 202). Frauen erkannten auch eher als Männer die Notwendigkeit zur Flucht und Emigration - ohne sich dabei immer durchsetzen zu können.

Diese Befunde spiegeln sich sehr anschaulich in den - eindrucksvoll und bewegend zu lesenden - Lebensgeschichten von vier Emigrantinnen, die gewissermaßen das Herzstück der Untersuchung bilden und Aufschluß geben über die vielfältigen frauenspezifischen Erfahrungen, Möglichkeiten und Gefährdungen, über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Emigration in den Vereinigten Staaten.

Ihr Hintergrund ist Gegenstand des zweiten Teils der Untersuchung. Er gibt auf der Grundlage eines reichhaltigen Quellenmaterials Aufschluß über die wirtschaftliche Situation in den USA, den Arbeitsmarkt der Emigrantinnen und die spezielle Situation in New York. Eine bedeutende Rolle, vor allem für die Einwanderer und Einwanderinnen, die zuletzt kamen, spielten Hilfskomitees, die das Überleben und die Eingliederung in den amerikanischen Arbeitsmarkt erleichterten und darüber hinaus einen wichtigen Beitrag im Prozeß der kulturellen Angleichung leisteten. Abschließend behandelt wird die besonders schwierige Lage der emigrierten Akademikerinnen, insbesondere von Ärztinnen und Juristinnen. Auch hier gilt ein frauenspezifischer Nachteil, daß nämlich Karrieren viel stärker vom familiären Hintergrund und von familiären Bindungen beeinträchtigt wurden als es bei Männern der Fall war.

Sybille Quack hat ein außerordentlich lesbares und lesenswertes Buch geschrieben, dem man weit über den akademischen Bereich hinaus Beachtung wünscht. Vor dem Hintergrund der sozialwissenschaftlichen Quellen, die sie kenntnisreich und behutsam interpre-

tiert und anschaulich werden läßt, zeichnet sie mit großer Einfühlsamkeit und Achtung vor der Einmaligkeit und Würde des Einzelschicksals Lebensläufe nach, die schon für sich die Lektüre des Bandes lohnen. Und nicht zuletzt gilt, „daß die Kenntnis der Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigrantinnen während der Hitlerzeit unsere Wahrnehmung für heutige Flucht- und Wanderungsbewegungen schärfen kann“ (S. 8).

Sybille Quack. Zuflucht Amerika, Zur Sozialgeschichte der Emigration deutsch-jüdischer Frauen in die USA 1933-1945, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger 1995, 235 Seiten, 38 Mark (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 40, hrsg. von Dieter Dowe und Michael Schneider).

Theo Meier-Ewert

Tagebuch

Bad Soden-Salmünster - Den neonationalsozialistischen Liederbarde Frank Rennicke gibt es neuerdings im Angebot der „Medien-Marketing GmbH“ (MTM; Sitz: Bad Soden-Salmünster). MTM ist eine der umsatzstärksten Videoversandfirmen (auch Bücher, CDs, MCs) in der Bundesrepublik. Laut MTM-Werbung für Rennickes MC „Mein Kamerad“ will dieser mit seinen Liedern „der Gefallenen des 2. Weltkriegs gedenken“. Im neuesten MCM-Angebot finden sich Videos wie „Hitlers Bunkeranlagen am Obersalzberg“ oder „Hitler - Der Privatmann“, Bücher wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ oder „Franz Schönhuber: In Acht und Bann“ und CDs wie „Wenn wir marschieren“ oder „Deutsche Marschmusik“.

Berlin - Der Präsident der Internationalen Romani Union, Rajko Djuric, hat anlässlich des Internationalen Tags der Sinti und Roma Anfang April in Berlin gefordert, daß Deutschland die Initiative für einen Europäischen Sozialfond übernehmen solle. „Ich glaube, Deutschland hat immer noch eine moralische und historische Pflicht gegenüber unserer Volksgruppe“, begründete Djuric diese Forderung. 500 000 Sinti und Roma seien in deutschen Konzentrationslagern umgekommen und bis heute sei keine Entschädigung dafür geleistet worden.

Bonn - Den Verfassungsschutzbehörden waren im Jahr 1995 60 publizistische Einrichtungen mit rechtsextremistischen Bezügen bekannt. Dies gab die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 13/4014) bekannt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Buch-, Zeitungs-, Schriften- und Musikverlage sowie Versandbuchhandlungen und Vertriebsdienste (einschließ-

lich der rechtsextremistischen Skinhead-Szene). Im Jahr 1995 wurden 37 Medien als rechtsextremistisch in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen. Es handelte sich dabei um 9 Broschüren, 5 CD's, 12 MC's, 10 Fanzines und eine LP. Für die Indizierungen waren im wesentlichen die folgenden Gesichtspunkte maßgeblich: „Einige dieser Medien sind kriegsverherrlichend, andere sind kriegsverharmlosend. Der Nationalsozialismus und seine Führer werden entweder geleugnet oder verharmlost, so daß Kinder und Jugendliche ein falsches Bild von den Ereignissen gewinnen können.“

Bonn/München - Im rechtsextremen Münchner „Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag“ (FZ) ist das Buch „Wer ist wer im Judentum?“ eines „David Korn“ erschienen. Die Bundesregierung erklärte dazu (Drucksache 13/4086), daß in dem Werk das „alte antijüdische Topos von einer jüdischen Verschwörung oder Cliquenherrschaft“ gepflegt werde. Außerdem relativiere der Autor „die deutsche Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes“ und brandmarke die „Umerziehung des deutschen Volkes nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Buch, so die Bundesregierung, delegitimiere „damit eine Erziehung im freiheitlich demokratischen Geiste des Grundgesetzes.“

Erfurt (Thüringen) - Beim Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nonnengasse 11, 99084 Erfurt, kann die 115 Seiten umfassende Broschüre „Gewalt unter Jugendlichen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ kostenlos angefordert werden. Schwerpunkt der Broschüre bildet der Bereich „Analysen und Konsequenzen für die pädagogische Arbeit“.

Erlangen - Im bundesdeutschen Mailbox-Verband „Thule“ wird verstärkt über den Aufbau

eines rechtsextremen Presse-Netzes diskutiert. Die „nationale Opposition“ wird aufgefordert, „eigene Nachrichtenträger aufzubauen und somit neue Kommunikationswege zu eröffnen“. Der „print-medialen Gegenöffentlichkeit“ gehören bisher an: „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ; Christian Wendt, Berlin); „Junges Franken“ (JF; Klaus Beier, Miltenberg); „Neue Thüringer Zeitung“ (NTZ; Tino Brandt, Rudolstadt); „Mitteldeutsche Rundschau“ (MR; Udo Hempel, Weißwasser); „Mitteldeutsche Rundschau“ (MR; Carola Bauer, Zahna); „Westdeutsche Volkszeitung“ (WVZ; Rüdiger Kahsner, Hagen). Die bereits einmal erschienene „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“ (SAZ) ist aus internen Gründen „vorerst auf Eis gelegt worden“, soll jedoch fortgeführt werden. Auch an einer eigenen Ausgabe für den badischen Teil wird bereits gearbeitet.

Hamburg - Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender des Vereins „Die Deutschen Konservativen“, berichtet in seinem aktuellen Rundbrief (März 1996), daß sich in den letzten Wochen „5.000 Förderer“ der „Deutschen Konservativen“ für seinen Verbleib als Bundesvorsitzender ausgesprochen hätten. Siegerist beklagt, daß ihn jüngst sein bisheriger Anwalt nicht vor dem Hamburger Landgericht verteidigen konnte, weil dieser selbst „in langwierige Prozesse über Wettbewerbsrechte verwickelt“ sei. Standardanwalt von Siegerist ist der Münchner Rechtsanwalt Günther Ossmann, der sich als Justitiar des „Deutschland-Magazins“ und als einstiger Hausanwalt von Franz Josef Strauß einen Namen in einschlägigen Kreisen erworben hat.

Ingolstadt - Die geschichtsrevisionistische „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) plant für den 18. Mai ihre alljährliche Frühjahrstagung in Würzburg. Anmeldungen: ZFI, Ortsstraße 5, 85110 Kipfenberg-Dunsdorf.

Johannesburg (Südafrika) - Der Oberste Gerichtshof in Johannesburg hat neun Mitglieder der neonazistischen „Afrikaner-Widerstandsbewegung“ (AWB) zu Gefängnisstrafen von dreieinhalb bis 26 Jahren verurteilt. Die Rechtsextremisten waren des Mordes, des versuchten Mordes, Sachschaden in Höhe von rund 30 Millionen Mark und illegalen Waffenbesitzes angeklagt. Im April 1994, kurz vor den ersten freien Wahlen in Südafrika, hatte eine Serie von Bombenanschlägen das Land erschüttert; es gab zwanzig Tote und unzählige Verletzte.

Kiel/Bremen/München - Die „Deutsche National-Zeitung“ (Ausgabe 12. April 1996) vermeldet, daß die „Deutsche Volksunion“ des Münchner Verlegers Dr. Frey die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein vom 24. März anfechten wird. Die Leserschaft wird aufgefordert, sachdienliche Hinweise zu diversen Anfechtungsgründen wie Vandalismus, gewalttätige Angriffe auf DVU-Wahlhelfer, Medienhetze etc. an die DVU-Rechtsabteilung in München zu geben. Dr. Frey nutzt die Gelegenheit, um zu kräftigen Spenden „für die gerechteste Sache der Welt, für Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ aufzurufen.

Eine „Bildungsreise“ zum Deutschen Raketen-Zentrum Peenemünde bietet die Bremer DVU vom 16. bis zum 19. Mai ihren Anhängern an. Des weiteren lädt der Bremer DVU-Landesverband zu Frühschoppen an den Sonntagen 5. Mai und 2. Juni jeweils 11.00 Uhr.

Leoben (Österreich) - Herbert Schweiger (am 22. Februar 1924 geboren), der Doyen des steirischen Rechtsextremismus, befindet sich in Untersuchungshaft. Der Verhaftung gingen umfangreiche Ermittlungen der steirischen Sicherheitsbehörden voraus. Die Staatsanwaltschaft Leoben leitete gegen Schweiger, einst Freiwilliger der Waffen-SS und Gründungsmitglied des Verbandes der Unabhängigen (F-Vorläufer), wegen „Verdacht der Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn nach dem Verbotsgesetz“ eine Voruntersuchung ein.

Anlaß der Verhaftung ist das jüngst von Schweiger erschienene voluminöse Buch (rund 450 Seiten) „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“ (Untertitel: Grundsätze einer nationalen Weltanschauung und Politik“). Die Staatsanwaltschaft Leoben sieht in dem Buch eine „Adaptierung des NSDAP-Parteiprogramms auf heutige Verhältnisse“ gegeben. Den Stein ins Rollen brachte das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ (DÖW).

Lubbock (Texas/USA) - Ein texanisches Gericht hat drei Männer, die aus Rassenhaß einen Farbigen erschossen hatten, zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Die jungen Männer sollen im Oktober 1994 mit ihrem Wagen herumgefahren und sich wahllos ihre Opfer - zwei weitere wurden verletzt - ausgesucht haben, weil sie „Nigger“ haßten. Bei einem der Täter wurden ein Hitler-Bild und eine Hakenkreuzflagge gefunden.

München - Die XI. Sudetendeutsche Bundesversammlung hat in München die Führungsspitze der

Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) neu gewählt. Als Bundesvorsitzender wurde Franz Neubauer, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und Autor in der verfassungsfeindlichen Reihe „Deutsche Geschichte“ der Verlagsgemeinschaft Berg (VGB), bestätigt. Im Vorstand ist auch Siegfried Zoglmann, Funktionär des revanchistischen „Witiko-Bundes“, vertreten.

Naila (Bayern) - Ein „richtungsweisendes Projekt für ältere Menschen, die sich gegen den heutigen Zeitgeist stellen“, wird den ewiggestrigen Kameraden der HIAG (= „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“) in deren Organ, der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ (März 1996) angepriesen. Zur Idee des „Aktivseniorenheimes Schloß Unterklingensporn“, dessen Fertigstellung für die zweite Jahreshälfte 1997 vorgesehen ist, schreiben die alternden Kameraden u.a.: „Wir meinen, daß Sie es verdient haben, Ihren Lebensabend nicht alleine, sondern (...) in einer >Großfamilie< zu verbringen“, in einem „ausgesuchten Kreis“ von Menschen „mit Gemeinschaftssinn und gemeinsamen Interessen, die auch in diesem Lebensabschnitt ihrer Auffassung treu bleiben wollen.“ Informationen über das „richtungsweisende Modellprojekt“ erteilt ein Volkmar Schneider im bayerischen Naila.

New York (USA) - Der US-amerikanische Verlag St. Martins hat den Druck einer Biographie des britischen Revisionisten David Irving über NS-Propagandaminister Goebbels gestoppt. Kritiker hatten das Irving-Machwerk im Fachblatt „Publishers Weekly“ als „abstoßend“ bezeichnet und eine „versteckte Verehrung“ Goebbels darin gesehen. Dem Verlagschef und dem Lektor soll nach eigenen Angaben Irvings rechtsextremer Hintergrund nicht bekannt gewesen sein. In Großbritannien will der „Historiker“ Irving sein Werk in den nächsten Tagen selbst herausgeben.

Pärnu (Estland) - Der „Bund der Freiheitskämpfer Estlands e.V.“, eines Zusammenschlusses ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, erinnert sich am 13. Juli in Tori bei Pärnu vergangener Kämpfe und besucht die alten Stellungen. Dazu eingeladen sind auch die deutschen Kameraden der HIAG, die anlässlich des Treffens eine 10tägige Fahrt zu den Gleichgesinnten unternehmen werden. Die Kontakte zwischen estnischen Ultranationalisten und Gleichgesinnten im deutschsprachigen Raum sind zahlreich. So referierte Kristi Karelsohn von der „Nationalen Unabhängigkeitspartei Estlands“

(ERSP) bei der 27. Politischen Akademie der österreichischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFD). Der Schwerpunkt der 1963 gegründeten AFP liegt „auf ideologisch-kultureller Arbeit mit ausgesprochen rechtsextremer Tendenz“, so das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) in Wien. Bei der letztjährigen Parlamentswahl erzielte die ERSP im Verbund mit der „Vaterlandspartei“ 7,1 Prozent.

Paris (Frankreich) - Der rechtsextreme „Front National“ des Jean-Marie Le Pen hat unlängst einen Berufsverband für leitende Angestellte, Firmenchefs, Freiberufler und Händler gegründet. Dem Verband sollen bereits tausend Mitglieder angehören. Im vergangenen Jahr hatte der FN einen Berufsverband für Polizisten ins Leben gerufen.

Pasadena/USA - Ein „Günter Deckert Freedom Committee“ mit Sitz in Pasadena/USA (c/o G. Coletti) ruft zur Solidarität mit dem inhaftierten Rechtsextremisten Günter Deckert auf. Verbreitet wird der Aufruf von dem neonazistischen Deutsch-Kanadier Ernst Zündel per Internet.

Rom - Gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke ist vom Militärgericht in Rom offiziell Anklage erhoben worden. Der zuständige römische Ermittlungsrichter hat entschieden, daß sich Priebke wegen „wiederholten Mordes“ und wiederholten Grausamkeiten vor Gericht verantworten müsse. Der Prozeß gegen den 82jährigen soll am 8. Mai in Rom beginnen. Priebke wird beschuldigt, an der Erschießung von 335 Geiseln in den Adreatinischen Steinbrüchen im März 1944 bei Rom beteiligt gewesen zu sein und die Liste der Opfer geführt zu haben.

Sofia/Bern - Die bulgarische Botschafterin in der Schweiz, Elena Kirtschow, wurde wegen ihrer Verehelichung mit dem Holocaust-Leugner Petar Hadschidimitrow vom bulgarischen Außenministerium von ihrem Posten abberufen. Frau Kirtschow soll mit ihrem Mann auch an Kundgebungen von Rechtsextremisten teilgenommen haben.

Stuttgart - Der geschaffte Ex-NPD-Vorsitzende und neu gewählte stellvertretende Parteivorsitzende Günter Deckert wurde erneut wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Stuttgarter Amtsgericht verhängte am 27. März gegen Deckert eine siebenmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung. Deckert, der seit November vergangenen Jahres in der



Adresse:

Justizvollzugsanstalt Bruchsal einsitzt, hatte in einem Brief den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, aufgefordert, als Jude Deutschland zu verlassen. Wegen dieses Schreibens ist auch noch ein Verfahren in Frankfurt/Main anhängig. Dort soll im Juli gegen Deckert verhandelt werden.

Stuttgart - Die vom HIAG-Bundesvorstand 1993 ins Leben gerufene „Kriegsgräberstiftung - Wenn alle Brüder schweigen“, wurde im März dieses Jahres drei Jahre alt. An der Spitze der Stiftung (Sitz: Stuttgart) stehen der Vorsitzende August Hoffmann, der stellvertretende Vorsitzende Heinz Berner und der Schatzmeister Werner Bitzer. Aufsichtsbehörde der Stiftung ist das Regierungspräsidium Stuttgart. Die Aufgabe der Stiftung sei es in erster Linie, „Soldatengräber im In- und Ausland - besonders unserer Truppe - zu suchen, zu sichern und die Grabanlagen dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mitzuteilen“, ist in einer Selbstdarstellung zu lesen. Das Stiftungsvermögen besteht aus einem Barvermögen in Höhe von 200.000 Mark zusätzlich der seit Gründung eingegangenen Spenden von 124.580 Mark, abzüglich der Ausgaben von 23.827 Mark; d.h.: der Vermögensbestand beträgt 300.752 Mark (Stand: 1995).

Stuttgart - Der jüngst in Stuttgart verstorbene Pionier des deutschen Automobilrennsports, Fritz Huschke von Hanstein (85), der u.a. als Sportpräsident des Automobilclubs von Deutschland und als Vizepräsident des Internationalen Automobilsportverbandes tätig war, wird posthum in ultrarechten und rechtsextremen Publikationen gewürdigt. Die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) gab bekannt, daß Hanstein seit 1984 Ehrenmitglied der „Deutschen Volksunion“ (DVU) war, „Nation+Europa“ (NE) feiert ihn dafür, daß er sich „öffentlich gegen verleumderische Angriffe auf Wehrmacht und Waffen-SS“ verwahrte und „Unsere Stimme“, das Organ der selbsternannten Medienwächter namens „Aktion Funk und Fernsehen e.V.“, dankt ihrem „langjährigen Förderer“ für die „erwiesene Treue“.

Wien (Österreich) - Verschiedene österreichische Hochschulen erhielten in jüngster Zeit anonym zugestellte Postsendungen aus Polen. Beigefügt waren den Sendungen u.a. Leseproben der NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“, ein fünfseitiges Positionspapier „Fünfzig Jahre Geschichtsfälschung“ und Flugblätter mit dem

Titel „Volkstreue Stimme“, in welchen demokratische Politiker diffamiert werden. Gefordert wird: „Alle demokratischen Patrioten an einen Tisch, um die volksvergessenen Diätenbezieher durch wirkliche Volksvertreter zu ersetzen!“ Verantwortlich für die „Volkstreue Stimme“ zeichnet die 1977 gegründete „Aktion Freies Deutschland“ (AFD; Sitz: Hess.-Lichtenau) des notorischen Rechtsextremisten Wolfgang Juchem (geb. 1940), einst Mitglied der „Deutschen Volksunion“ (DVU).

Wien - Seit Februar gibt es in der österreichischen Hauptstadt Wien eine neonazistische Mailbox, die dem bundesdeutschen Thule-Mailbox-Verband angeschlossen ist. Die „Mailbox für patriotische Dissidenten“ trägt den Namen „Dissident BBS“. Veröffentlicht ist in der Mailbox u.a. ein Artikel von Pierre Krebs, Kopf des neurechten „Thule-Seminars“ (Untertitel: „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.“; Sitz: Kassel). Ferner wird für neonazistische Postillen wie „Widerstand“ (Lüdenscheid) und „Freie Stimme“ (Bad Berleburg) geworben.

Wien - Nach Ansicht des österreichischen Obersten Gerichtshofs darf der Leiter des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW), Wolfgang Neugebauer behaupten, daß „die FPÖ des Dr. Jörg Haider (...) heute als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und insbesondere in der ausländerfeindlichen Politik und Propaganda an der Spitze steht und auch den geistigen Boden für solche Anschläge aufbereitet hat.“ Der OGH hält diese von Neugebauer in einem ARD-Interview zur Briefbombenserie im Juni 1995 gefallene Aussage für ein „politisch zulässiges Werturteil zu aktuellen Fragen des Zeitgeschehens.“

Zürich (Schweiz) - Der „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) darf nach einem Urteil des schweizerischen Bundesgerichtes als „Drogensekte“ und „sektenähnlicher Verein, der seine Anhänger psychisch manipuliere“, bezeichnet werden.